

## **KLEINE ANFRAGE**

**des Abgeordneten Nikolaus Kramer, Fraktion der AfD**

**Aus- und Fortbildung für und Investitionen in den Verfassungsschutz  
und**

## **ANTWORT**

**der Landesregierung**

1. Werden Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit dem Bund an der Akademie für Verfassungsschutz aus- oder fortgebildet?
  - a) Wenn ja, seit wann ist dies der Fall?
  - b) Wenn nicht, aus welchen Gründen wird hierauf verzichtet?
  - c) Wenn nicht, wie findet die Aus- und Fortbildung für den Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern statt?

Die Fragen 1, a), b) und c) werden zusammenhängend beantwortet.

Die Landesbehörde für Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern (LfV M-V) entsendet seit 1995 Beschäftigte an die Akademie für Verfassungsschutz.

2. Welche Investitionen oder Neustrukturierungen plant das Ministerium für Inneres und Europa im Bereich Verfassungsschutz in den kommenden Jahren?  
Welche dieser Investitionen sind im anstehenden Doppelhaushalt bereits berücksichtigt worden?

Die Ausgaben für Investitionen der Abteilung „Verfassungsschutz“ beim Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern sind in den Titeln 811.20 und 812.21, im Einzelplan 04, Kapitel 0401, Maßnahmegruppe 02 veranschlagt.

Die diesbezüglichen jährlichen Gesamtausgaben für den nächsten Doppelhaushalt und für die kommenden Jahre können dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 (Haushaltsgesetz 2020/2021) - Drucksache 7/3900(neu) - und der Mittelfristige Finanzplanung 2019 bis 2024 des Landes Mecklenburg-Vorpommern - Drucksache 7/3898 - entnommen werden, welche sich derzeit im parlamentarischen Abstimmungsverfahren befinden.

Darüber hinausgehende Angaben unterliegen der Geheimhaltung. Eine Beantwortung im Sinne der Fragestellung würde Rückschlüsse auf die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes zulassen und damit dessen Aufgabenwahrnehmung gefährden. Auskünfte können daher nur gegenüber der Parlamentarischen Kontrollkommission erfolgen.